

## Beschluss

(Projekt) Öffentliche Verwaltung zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 24.11.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

1 Wir wollen den Öffentlichen Dienst in Brandenburg zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen und die  
2 Verwaltung attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Davon profitieren die Mitarbeiter\*innen genauso wie  
3 die Bürger\*innen. Wir planen eine Ausbildungs-offensive und eine finanzielle Besserstellung der unteren  
4 Einkommensgruppen, besonders in der Justiz. Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen  
5 und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit  
6 und das Rückkehrrecht auf Vollzeit sind für uns selbstverständlich. Wir sorgen für gute Fort- und  
7 Weiterbildungsangebote und setzen auf eine konsequente Qualifikation für eine wertschätzende  
8 Personalführung. Da, wo Frauen unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für eine fünfzig Prozent Quote ein,  
9 insbesondere in den Führungsebenen und Aufsichtsgremien. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten  
10 wollen wir im Landesgleichstellungsgesetz ausbauen. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb  
11 wollen wir das Gesundheitsmanagement verbessern, jede Verwaltung soll einen eigenen Etat für  
12 Gesundheitsangebote bekommen. Die Beteiligungsrechte der Personalräte in den öffentlichen  
13 Verwaltungen wollen wir stärken. Befristete Arbeitsverhältnisse, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen  
14 werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der  
15 Arbeitgeber\*innen einseitig auf die Beschäftigten. Deshalb wollen wir, dass im gesamten Bereich des  
16 öffentlichen Dienstes keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund mehr abgeschlossen werden.  
17 Betriebe der öffentlichen Hand, die in privaten Gesellschaftsformen geführt werden, müssen der  
18 Tarifbindung unterworfen werden. Ausserdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verwaltung verstärkt  
19 Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbildet.